

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlung- und Stellen-Anzeigen die 3 gespaltene Kolonnen-Zeile 50 Pf. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Brey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover. Verantwortlicher Redakteur: Heinrich Schneider, Hannover. Redaktionschluss: Montag mittag 12 Uhr. Redaktion und Expedition: Hannover, Nilolaistraße 7, 2. Et. - Fernsprech-Anschluss 3002.

Die Erfolge unserer Lohnbewegungen waren im Jahre 1917 größer als in irgendeinem Jahre vorher. Wenn überall mit Eifer und Geschick für die Ausbreitung und Stärkung des Verbandes gearbeitet wird, muß das Jahr 1918 noch mehr Erfolge bringen. Jetzt ist die Zeit, durch eifrige Werbearbeit die Grundlage kommender Erfolge zu schaffen. Also auf zur Frühjahrsagitation! + + + + +

Mehr Agitation!

Wenn das Gras zu grünen beginnt, die Bäume ausschlagen und die Vögel schon frühmorgens den anbrechenden Tag begrüßen, dann ist auch das menschliche Gemüt am aufnahmefähigsten für neue Ideen. Diesen Umstand müssen sich die Organisationen zunutze machen, indem sie diese Zeit wahrnehmen, um in verstärktem Maße Agitation zu betreiben.

Die Agitation verfolgt zwei verschiedene Zwecke: 1. Die Mitglieder einer Organisation derselben zu erhalten, 2. der Organisation neue Anhänger zuzuführen. Bei jeder Agitation ist das feste innige Zusammenarbeiten der Mitglieder mit den Funktionären Hauptbedingung. Bei der Wahl der Funktionäre haben die Mitglieder gewissenhaft die Fähigkeit der einzelnen zu prüfen. Ein Mitglied darf nicht deshalb vorgeschlagen und gewählt werden, weil es zu dieser oder jener Sache mal ein paar Worte gesprochen hat, oder weil es das fragwürdige Talent besitzt, immer das zu sagen, was die Mehrheit einer Versammlung gerade hören mag. Speziell bei Besetzung des Vorstandsstiches sollten die Mitglieder sich die größte Mühe geben, Leute zu wählen, die imstande sind, sich eine eigene Meinung zu bilden und dieselbe ohne Rücksicht auf die zufällige Stimmung einer Versammlung zu vertreten. Selbstredend hat sich diese eigene Meinung stets im Rahmen des großen ganzen zu bewegen; querulöse Außenfeiter und Alles-besser-Wisser sind absolut nicht geeignet, das Interesse der Mitglieder an irgendeiner Stelle wahrzunehmen. Wenn jedes Mitglied sich und seine näheren Bekannten vor der Wahl auf Herz und Nieren prüft, wird es fast immer möglich sein, die fähigsten Kollegen oder Kolleginnen an die Spitze zu stellen, und vor allen Dingen wird dies auch die so notwendige Selbsterkenntnis der Mitglieder fördern.

Ein Vorsitzender wird neben der Erledigung der laufenden Geschäfte sein Hauptaugenmerk auf sorgfältige Vorbereitung der Mitgliederversammlungen richten müssen. Eine Versammlung ist nicht bloß dazu da, um die Zustimmung der Mitglieder zu den Handlungen des Vorstandes einzuholen, sondern Hauptzweck einer Versammlung muß stets sein, den Mitgliedern neue Anregungen zu geben und immer wieder von neuem das Interesse an der Organisation zu wecken. Ein nicht zu langer Vortrag eines tüchtigen Referenten wird stets gern von der Versammlung entgegengenommen werden. Bei der darauf folgenden Diskussion muß der Vorsitzende sich bemühen, die Mitglieder zu Äußerungen und Anfragen über diesen Vortrag zu veranlassen. Nur im Wasser lernt man das Schwimmen, und wer sich nie zum Wort meldet, kann kein Redner werden. Die Mitglieder müssen zur Benutzung der einschlägigen Literatur angeregt, auch müssen dieselben stets über Maßnahmen im gegnerischen Lager unterrichtet werden.

Über nicht nur der Vorsitzende, sondern auch alle andern Funktionäre müssen voll und ganz ihre Posten ausfüllen. Neben-sächliche Posten oder gar Sinekuren gibt es in der Arbeiterbewegung überhaupt nicht. Jeder muß stets bedenken, daß ein nur Beitrag zahlendes Mitglied ein schon halb verlorenes ist. Jedem Mitglied muß eingepreßt werden, daß es seine verdammt Pflicht und Schuldigkeit ist, für Vertiefung und Verbreitung unserer Ideen beizutragen.

Dies wird die Mitglieder zu denkenden Menschen machen, und erst dann werden sie begreifen, daß die Arbeiterbewegung nicht nur der augenblicklichen Verbesserung der Lebenslage des Proletariats dient, sondern daß der ideale Endzweck der modernen Arbeiterbewegung die Befreiung der ganzen Menschheit vom kapitalistischen System ist. Und so werden dann die Mitglieder auch befähigt und willens sein, ein gut Teil des zweiten Agitationszweckes — Werbung neuer Mitglieder — auszuführen.

Hier eine Nichtsnur zu geben, fällt wirklich schwer. Es richtet sich nicht nur nach der am Orte vertretenen Industrie, wie agitiert werden muß, sondern auch nach dem vorhandenen Menschennmaterial. Eine kleinstädtische oder gar häuerliche Bevölkerung, welche teilweise auf eigenem Grund und Boden ist, muß ganz anders angefaßt werden als eine großstädtische Bevölkerung. Neben öffentlichen und Betriebsversammlungen wird aber stets die Agitation von Mund zu Mund am erfolgreichsten sein. Wo es angebracht ist, sollte man niemals versäumen, Unorganisierte in ihren Wohnungen aufzusuchen; jedoch müssen die Kollegen, welche zur

Hausagitation verwandt werden sollen, besonders sorgfältig ausgewählt werden. Große Sachlichkeit und ein äußerst dickes Fell sind hier zwei nicht hoch genug einzuschätzende Eigenschaften.

Gerade in diesem Frühjahr müssen wir die Agitation in verstärktem Maße betreiben. Die Anhäufung ungeheuren Kapitals in wenigen Händen, die Herabdrückung eines großen Teiles des Mittelstandes ins Proletariat haben zu einer großen Verschärfung der Klassegegensätze geführt. Einige Ausführungen einflussreicher Industriellenzeitungen, wie „Nicht die Löhne der Frauen sind zu niedrig, sondern die Löhne der Männer sind zu hoch“ oder „Um die deutsche Industrie konkurrenzfähig auf dem Weltmarkte zu erhalten, müssen die hohen Löhne von der Zeit vor dem Kriege abgebaut werden“, oder „Die deutsche Industrie darf durch den Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung nicht weiter belastet werden“ lassen keinen Zweifel darüber aufkommen, wessen sich die Arbeitererschaft seitens der deutschen Kapitalisten nach dem Kriege zu versehen haben wird. Jedem denkenden Arbeiter muß klar sein, daß wir Lohnkämpfen von nie gekannter Weise und Ausdehnung entgegengehen.

Diese Kämpfe werden wir nur dann siegreich bestehen können, wenn alle Arbeiter bis zum letzten Mann organisiert sind. Dies können wir aber nur dann erreichen, wenn jedes Mitglied ein Agitator ist. Darum frisch ans Werk!

Otto Danzig, Begefac.

Produktionssteigerung oder Gewinnsteigerung?

Als zu Beginn des Weltkrieges infolge der englischen Auslieferungspläne die Lebensmittel immer knapper wurden, machte sich neben einer gleichmäßigen Verteilung der Waren besonders das Bedürfnis geltend, im Inlande mehr Lebensmittel zu erzeugen als bisher. Je mehr die Zufuhr vom Auslande gesperrt wurde, desto notwendiger wurde es, die inländische Gütererzeugung möglichst zu steigern. Die Produktionssteigerung wurde als die Hauptsache hingestellt, hinter der die Geldbeutelinteressen des einzelnen oder der einzelnen Gruppen zurücktreten sollten. Damals wurde an höherer Stelle das Wort geprägt: „Während des Krieges kommt es bei uns in Deutschland nicht darauf an, daß viel Geld verdient wird, sondern lediglich darauf, daß unser Volk ordentlich zu leben hat.“ Der herrschenden kapitalistischen Erwerbswirtschaft wurde abgesagt und an deren Stelle sollte die sozialistische Bedarfsdeckungswirtschaft treten. Es ging damals eine starke sozialistische Strömung durch unser Land (s. d. Red.) und man konnte auch in solchen Kreisen, die früher dem Sozialismus feindlich gegenübergestanden hatten, die Neugier hören, daß das Wohl der Gesamtheit das höchste Gesetz sei, dem sich alles unterordnen müsse. Man sprach mit Vorliebe vom Kriegsozialismus, der unser Volk allein retten könne, und die Organisation unserer Lebensmittelversorgung nach sozialistischen Grundsätzen sollte in Deutschland eingeführt werden. Es wurden Maßnahmen getroffen, um den Lebensmittelmarkt und die Lebensmittelverfälligung einzudämmen oder, wenn möglich, gänzlich zu beseitigen; es wurde eine Nationalierung der Waren durch Marken und Listen vorgenommen, der freie Handel wurde vielfach ausgeschaltet, indem man zur Regelung der Einfuhr und des Vertriebs der Waren besondere Organisationen schuf, bei verschiedenen Waren wurde eine Befandsaufnahme und eine Beschlagnahme durchgeführt, und es wurden auch vielfach Vorschriften erlassen, die eine Steigerung der Produktion herbeiführen sollten.

Leider wurde der beabsichtigte Zweck nur zum geringsten Teil erreicht, denn der Geist des Kapitalismus, der aus unserem Wirtschaftsleben ausgetrieben werden sollte, war zu tief eingewurzelt, als daß er einem wahren Kriegsozialismus freiwillig das Feld geräumt hätte. Das Richtwort: „Wir wollen kein einig Volk von Brüdern, in feiner Not uns trennen und Gefahr!“, das in den ersten Monaten des Krieges mit Vorliebe gebraucht wurde, wurde zu einer leeren Redensart, als die Begeisterung verwich. Im Taumel des Kriegesrausches verlor sich die Selbstsucht und die Erwerbsgier im äußersten Winkel des Menschenherzens, und der Sozialismus redete sein großes Haupt empor. Allmählich aber, im weiteren Verlaufe des Krieges, kehrte der normale Zustand zurück, und die Selbstsucht in allen Formen bestieg wieder den Herrscherthron. Und man konnte sogar das freche Wort hören: „Was kümmert uns die Not der Arbeiterklasse, die Hauptsache ist, daß wir tüchtig Geld verdienen!“ Wohl empörte sich die öffentliche Meinung gegen den Grundsatz des Geldverdienens um jeden Preis,

wohl erhoben sich mahnende und warnende Stimmen gegen das Bestreben, die Not der Massen zu einer Goldgrube für die rücksichtslosen Volksausbeuter zu machen, wohl bemüht sich einsichts-volle Behörden um eine planmäßige und gerechte Verteilung der Lebensmittel und um eine Bekämpfung der selbstfüchtigen, ausbeuterischen Elemente, aber der Kampf blieb erfolglos, das Uebel wurde nicht ausgerottet, sondern fraß immer weiter um sich. Man weiß, wie weit wir mit unserer Kriegswirtschaft gekommen sind, und es ist bekannt, daß unser vielgerühmter Kriegsozialismus zu einer hohlen Puff ohne Kern geworden ist. Diese Tatsache ist es, die alle ehrlich denkenden und sozial empfindenden Kreise bis aufs tiefste empört: nicht daß wir uns einschränken müssen, weil alles knapp ist, wohl aber, daß wir Not leiden, während die glücklicheren Menschen riesengewinne machen. Diese schreiende Ungerechtigkeit in unserem wirtschaftlichen Leben, die noch niemals so deutlich erkennbar in die Erscheinung getreten ist wie während des Krieges, schafft immer neue Erbitterung, sie gefährdet unsere innere Einheit und Einigkeit und arbeitet dadurch den äußeren Feinden in die Hand. Und solange es nicht gelingt, den kapitalistischen Erwerbsgeist auszurotten, so lange besteht die Gefahr, daß wir dem inneren Feinde unterliegen, während wir der Uebermacht unserer äußeren Feinde siegreich standhalten.

Alle Welt will heutzutage Geld verdienen und die ins Ungeheuerliche getriebene Gewinnsteigerung auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens drückt unserer Kriegszeit den Stempel auf. Man braucht nur die Abrechnungen der Aktiengesellschaften mit ihren unbegreiflich hohen Dividenden zu lesen, man braucht nur die Riesengewinne der Kriegslieferanten und Lebensmittelpekulanten zu beobachten, man braucht nur zu sehen, wie unsere heimische Landwirtschaft geradezu im Gelde schwimmt, um ein Gefühl des Ekels zu empfinden über diese Blüten kapitalistischer Erwerbsgier. Erstaunt fragt man sich, ob denn Staat und Volk hiergegen machtlos ist, weil es kein Mittel gibt, um unsere Volksmassen gegen die Aushungerung durch die Wucherer zu schützen. Allen Bemühungen zum Trotz steigen die Lebensmittelpreise immer höher, so daß das Einkommen der breiten Volksschichten bald in gar keinem Verhältnis mehr steht zu den gesteigerten Kosten der Lebenshaltung. Die bessergestellten Kreise wissen sich auf Schleichwegen und durch Zahlung ungeheurer Preise ausreichend Lebensmittel zu verschaffen, aber die Unterschichten leiden bittere Not. Und dabei wird neuerdings immer rücksichtsloser der Grund-satz der Anreizpolitik vertreten: man müsse das System der Preisfestsetzung und die ganze zwangsläufige Kriegswirtschaft radikal über Bord werfen und statt dessen den Produzenten und Händlern hohe Gewinne in Aussicht stellen, um sie dadurch zu größerer Tätigkeit und höheren Leistungen anzureizen. Man will sich nicht mehr an den Gemeininn und die vaterländische Gesinnung der Ober- und Mittelschichten wenden — dieser Appell ist wirkungslos verhallt —, sondern lediglich an das Geldbeutelinteresse. Man hält ihnen höhere Lebensmittelpreise als Lockspeise vor und bedenkt dabei gar nicht, daß die ärmeren Schichten diese Preise einfach nicht zahlen können. Wenn wir in dieser Weise weiter arbeiten, so gehen wir unhaltbaren Zuständen entgegen und geraten in die allergrößten Schwierigkeiten. Eine gründliche Wandlung der Dinge wird also zu einer unbedingten Notwendigkeit.

Leider hat die Staatsgewalt den Geldverdienern viel zu viel freien Spielraum gelassen, anstatt mit starker Hand den Ausbeutern an die Kehle zu greifen. Diese Zügellosigkeit und unangebrachte Milde rächt sich an unserer Volkstraft und Volksgesundheit. Aber es ist noch nicht zu spät, noch kann es gelingen, durch ein rücksichtsloses Zupacken die erwerbsgierigen Elemente zur Erfüllung ihrer vaterländischen Pflicht zu zwingen. Wenn alle gültigen Mittel und Wege versagen, so bleiben eben nur Zwangsmaßnahmen übrig. Und diese Zwangsmaßnahmen muß der Staat anwenden ohne Rücksichtnahme auf den Einfluß und die Macht der herrschenden und herrschenden Klassen. Es steht nämlich alles auf dem Spiele, und da läßt sich nicht einsehen, weshalb eine Minderheit sich den Geldsack füllen soll, während die große Mehrheit bittere Not leidet. Die wichtigste Aufgabe des Staates ist, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um den inneren Widerstand der Produzenten und Händler zu brechen, damit möglichst viel Lebensmittel erzeugt und zu erträglichem Preise auf den Markt gebracht werden. Nicht auf eine Gewinnsteigerung darf unsere Kriegswirtschaft gerichtet sein, sondern auf eine Produktionssteigerung, damit das bereits erwähnte Wort Wahrheit wird, daß unser Ziel nicht das Geldverdiene ist, sondern eine halbwegs ausreichende Lebensmittelversorgung. Das Heil unseres Volkes und die Zukunft unseres Vaterlandes beruht nicht auf der kapitalistischen Erwerbswirtschaft, sondern auf der sozialistischen Bedarfsdeckungswirtschaft, und nur im Zeichen des Sozialismus können wir den Sieg über die inneren Feinde an unsere Fahnen heften. Brutus.

Gegenteils zu erwidern. Tatsächlich ist die Arbeiterschaft heute schlechter ernährt als jemals zuvor, trotz einer besseren Entlohnung als in früheren Jahren.

Würdigt man bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft einwandfrei und voreingenommen diese tatsächlichen Verhältnisse, dann klingt es geradezu wie ein Hohn, wenn der „wissenschaftliche“ Mitarbeiter des „Papiermarktes“ betont, daß „unser modernes Kulturleben auch dem mit monotoner Arbeit Beschäftigten in seiner Freizeit reichlich Gelegenheit zu geistiger Betätigung gibt, daß er Zeitungen, Zeitschriften, Bücher, Theater, Konzerte, Kino, Sport und Bortreibungen nach seinem Belieben genießen kann“.

Eine größere Erkenntnis der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter kann wirklich kein Schriftsteller mehr aufbringen als dieser „wissenschaftliche“ Mitarbeiter des „Papiermarktes“. Man merkt es an seiner ganzen Schreibweise, daß er von der Fabrikarbeit derartig wenig bedrängt wird, um ungehindert „seine Bortreibungen nach Belieben genießen“ zu können, sonst hätte er wirklich keine Zeit gehabt, seine „geistige Bortreuung“ in dieser Weise zum Ausdruck zu bringen.

Keramische Industrie

Noch ein Einsichtiger!

Schon wiederholt haben wir mitteilen können, daß in der Unternehmerpresse der Ziegelindustrie nach und nach die Erkenntnis einzieht, daß die Lohnpolitik der Ziegelerzeuger die Niederhaltung der Löhne, vor allem durch Heranziehung ausländischer Arbeitskräfte, hat viele der besten Arbeiter in andere Industriezweige getrieben, und bei den noch verbliebenen ist der Arbeitseifer geschwächt, die Arbeitsfreude erstickt worden.

In Nr. 3/4 der „Deutschen Löhner- und Ziegler-Zeitung“ (jetzt „Ziegelwelt“) wird in einem Aufsatz zur Uebergangswirtschaft folgendes ausgeführt:

Durch die geringen Preise, die für Ziegelprodukte vor dem Kriege gezahlt wurden, war auch ein verhältnismäßig niedriger Arbeitslohn bedingt, und dieser niedrige Arbeitslohn hat schon vor dem Kriege einem gewissen Arbeitermangel in der Ziegelindustrie Vorschub geleistet.

Aber nicht nur die einheimischen, nein, auch die ausländischen Arbeitskräfte fanden die Löhne in den Ziegelerzeugnissen zu niedrig. Darüber sagt der Aufsatz:

Solange noch genügend ausländische Arbeiter, in Süd-Deutschland Italiener, in Mittel-, Nord-, Ost- und Westdeutschland Polen, Ruthenen, Russen usw., in genügender Anzahl in den deutschen Ziegelerzeugnissen Arbeit suchten und fanden, war dieses geringe Angebot deutscher Arbeiter nicht so sehr zu spüren; aber bereits in den letzten Jahren vor dem Kriege ließ auch das Angebot an fremden Arbeitskräften nach, da diese in anderen Industrien bessere Entlohnung fanden.

Es wird dann ausgeführt, daß nach dem Kriege der Arbeitermangel noch größer werden wird. Die ausländischen Arbeiter werden zwar wiederkommen, aber sie werden angezogen werden von „anderen Industrien, die bessere Arbeitslöhne zu zahlen in der Lage sind“. Es müsse aber vor allem auch dafür gesorgt werden, daß die Ziegelindustrie sich auch „einen kräftigen Stamm deutscher Arbeiter“ sichere. Dazu heißt es:

Daß dies nur bei Bewilligung angemessener, den Verhältnissen entsprechender Löhne möglich ist, dürfte klar sein.

Der Meinung sind wir auch. Es ist nur zu begrüßen, wenn auch den Unternehmern diese Erkenntnis dämmert; es ist erfreulich, daß ihr Ausdruck gegeben wird, und es wäre noch erfreulicher, wenn ihr entsprechend gehandelt würde.

In dem Aufsatz wird dann allerdings betont, daß die Ziegelindustrie die Lasten einer ausreichenden Lohnzahlung nicht tragen könne, wenn sie nicht durch entsprechende Preiserhöhung „in die Lage versetzt wird, dazuerhöhte Löhne ohne Selbstschädigung zu bewilligen“. Das sei „aber nur dann möglich, wenn die Verkaufspreise für Ziegelsteine und andre Ziegelerzeugnisse auf eine angemessene Höhe gebracht werden“.

Es ist selbstverständlich, daß auch die Ziegelerzeuger für ihre Erzeugnisse angemessene Preise haben müssen. Die niedrigen Löhne sind aber nicht eine Folge unzureichender Preise, sondern umgekehrt, vielfach die Ursache von Preisrückgängen. Gerade die Schwarzkonkurrenz der Lehnbrüder hat vielfach zum Preisdruck geführt. Einige Ziegelerzeuger haben das schon früher eingesehen. Hoffentlich bringt der Krieg noch recht vielen diese Erkenntnis.

Ein Gewerbeinspektor über den Kalkstaub als Heilmittel.

Die Erörterungen über die Wirkungen des Staubes von Zement, Kalk, Kreide und Gips auf die Lungenschleimhäute werden in der Fachpresse noch immer fortgesetzt. In Nr. 88 der „Tonindustrie-Zeitung“ berichtet ein Gewerbeinspektor kurz über seine Erfahrungen dazu. Er schreibt unter dem Hinweis auf einen hier schon behandelten Aufsatz, in dem die Giftwirkung des Kalkstaubes selbst auf sehr vorgeschrittene Erkrankungen der Lunge bspw. der Atmungsorgane besprochen war (siehe Nr. 46 und 48 des „Proletariats“ vom Jahrgang 1916):

„Bei einzelnen gelegentlichen Rücksprachen mit den Betriebsleitern der in meinem Bezirke vorhandenen Zement- und Kreidefabriken habe ich die Wichtigkeit der Ausführungen des genannten Artikels bestätigt gefunden. Durchgängig war den Betriebsleitern diese eigenartige Erscheinung bekannt. Von dem Inhaber einer Kreidefabrik wurde mir bei einer gelegentlichen Rücksprache über die Einrichtung einer Entstaubungsanlage im Betriebe entgegengehalten, daß eine Gesundheitschädigung durch den Kalkstaub gar nicht in Frage kommt. Besonders der Betriebsleiter einer Zementfabrik der Alsenischen Portland-Zementfabrik hat mir bestätigt, daß ihm seit langen Jahren diese Tatsache bekannt sei und zum großen Teile auch den in seinem Betriebe tätigen Arbeitern. Er hat oft beobachtet, daß die Arbeiter gerne gerade an die Arbeitsstellen sich hinstellen, in denen sie dem Kalkstaub ausgesetzt sind. Für die Kalkstammerei trifft daselbe zu. Unter der Alsenischen Arbeiterschaft ist eine große Anzahl von Arbeitern zwischen 60 und 70 Jahren. Das Durchschnittsalter betrug in Friedenszeiten etwa 42 Jahre. Im genannten Betriebe sind jetzt über 40 Leute mit mehr als 25 Dienstjahren tätig.“

Die Erfahrungen des Gewerbeinspektors in allen Ehren. Jedoch scheint uns ein Zweifel an der Richtigkeit seiner Angaben nicht unerlaubt. Genauer ausgedrückt: wir bezweifeln, daß die Angabe des Betriebsleiters der Alsenischen Portland-Zementfabrik so stimmt, wie sie angeführt wird. Es kann sein, daß sich die Arbeiter an die Arbeitsstellen hingemeldet haben, an denen sie dem Kalkstaub besonders ausgesetzt sind. Dann aber wahrscheinlich deshalb, weil diese Arbeit besser bezahlt wurde oder einen andern Vorteil bot. Sie gingen trotz des Staubes dorthin, nicht wegen dem Staub. Im andern Falle hätten sie die Giftwirkung des Kalkstaubes kennen bzw. an andere Folge glauben müssen. Das ist aber unseres Wissens nicht der Fall. Weder in den Alsenischen Fabriken noch sonstwo ist uns je bekannt geworden, daß die Arbeiter im Kalkstaub ein Heilmittel gegen Lungenerkrankungen sehen.

Eine einfache Rechnung.

Der Verband der Fabrikarbeiter hat im Jahre 1917 für mehr als 200 000 Beteiligte erfolgreiche Lohnbewegungen geführt. Die Summe der erreichten Lohnerhöhungen übersteigt

1 000 000 Mark die Woche und 4,50 Mark die Woche für jeden Beteiligten.

Die am 1. April in Kraft tretende Beitragserhöhung

bringt dem Verbands vorausichtlich etwa **15 000 Mark die Woche**

oder 15 Pfennig wöchentlich für jedes Mitglied. Also soll jedes Mitglied von je 30 Pfennig Lohnerhöhung, die es dem Verbands zu danken hat, einen Pfennig als Beitragserhöhung dem Verbands zuführen.

Ist das zuviel verlangt?

Ausland.

Regierung und Gewerkschaften in England.

Mitte Februar machte das Blatt des Franzosen Hervé, die „Victoire“, einige bemerkenswerte Mitteilungen über die Haltung und die Maßnahmen englischer Gewerkschaften, vor allem der Mechaniker, einer Kerntruppe der englischen Gewerkschaften. Das Blatt verweist zunächst auf die dauernde Beunruhigung der englischen Industrie durch die Gewerkschaften und macht der Regierung den Vorwurf, sie sei zu nachgiebig. Es heißt nach einem Rückblick auf die Streiks in den Kriegsjahren:

Die Haltung der Regierung gegenüber den von seiten der Arbeiterschaft gestellten Ansprüchen war immer dieselbe: abschlägiger Bescheid, Unterhandlungen, Einschalten, Nachgeben. Ein solches System mag seine Vorteile haben, verlängert aber die Streikbewegung, statt ihr einen Damm zu legen.

Am wenigsten gefügig zeigte sich der Verband der Mechaniker, schon seit Kriegsbeginn der unruhigste und selbstherrlichste aller Arbeiterverbände. Er war es, der letzte Jahr den zwei Monate lang andauernden Streik inszenierte und in Manchester und Sheffield etwa 60 000 Anhänger fand, die nichts weiter bezweckten, als die Aushebungskommission zu zwingen, keinen der Genossen an die Front zu senden. Die Gewerkschaft wollte selbst jeden Fall prüfen und nur mit ihrer ausdrücklichen Genehmigung die jungen Leute ins Feld ziehen lassen. Wie immer kam auch hier ein Kompromiß zustande. Die Aushebung sollte auf noch nicht angeleitete Kräfte beschränkt bleiben. Damit war die Gefahr jedoch nur wieder einmal hinausgeschoben worden. Als Sir Geddes, der Ministerpräsident, im vergangenen Januar im Parlament erklärte, daß die Front 450 000 Mann reichen Nachschubs bedürfe, rief das die größte Erregung hervor. Vergessens ließ die Regierung kein Mittel unversucht, um die „Engländer“, die Mechaniker, umzustimmen. Der Minister begab sich persönlich nach Glasgow, um an einem ihre Meetings teilzunehmen und drei Stunden lang allen an ihn gerichteten Fragen standzuhalten. Sein Mut wurde höchlich belohnt. Am Ende der Sitzung sprach sich eine erdrückende Mehrheit, sofern die Regierung nicht nachgäbe, für den Streik aus und ging selbst so weit, zu verlangen, daß sofort Waffenstillstand auf allen Fronten geschlossen und die Friedensverhandlungen angebahnt würden.“

In diesem Zusammenhange ist vor allem bemerkenswert, daß die englischen Arbeiter doch wohl nicht jene kriegsbeeinträchtigten Regierungs-nachläufer sind, als die sie in Deutschland in oft hingestellt werden. Es scheint vielmehr, daß sie sich recht viel Bewegungsfreiheit gewahrt haben und der Regierung gegenüber viel Maßstab zeigen. Ferner ist nicht zu verkennen, daß die englische Regierung den Streiks und den Streikenden wesentlich anders gegenübertritt, als wir das in Deutschland gewohnt sind. Gewisse, sehr naheliegende Vergleiche wollen wir dabei gar nicht ziehen.

Gefährdung des Gewerkschaftsrechts in den Vereinigten Staaten.

In den Vereinigten Staaten beschäftigt man sich gegenwärtig mit einem Urteil des Obersten Bundesgerichts, das den Arbeitern das Gewerkschaftsrecht raubt. Die „New Republic“, eine angesehenere amerikanische Wochenzeitschrift, schreibt darüber in ihrer Nummer vom 22. Dezember 1917: „Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten hat vorige Woche ein Urteil gefällt, das man nicht anders als einen Frontangriff gegen die organisierten Arbeiter betrachten kann. — einen Angriff, der nur darauf berechnet sein kann, die Stärke der Arbeiterorganisationen zu untergraben und deren ganzes Dasein zu gefährden. Der Laibstand ist folgender: Ein Bundesrichter hat im Jahre 1913 einen Einhaltsbefehl (Injunction) gegen die Beamten der Vereinigten Bergleute erlassen, der ihnen untersagte, die Kohlenhandlungsstellen in West-Virginien zu „unionisieren“, das heißt: die dortigen Arbeiter gewerkschaftlich zu organisieren. Der Richter gab zu, daß die Bergwerksbeamten dort keine gewalttätigen Methoden gebrauchten, daß sie keine „Bidets“ (Kästen zum Uebergeben der Arbeiter) aufstellten, keinen zwangswiseen Doglott erklärten; die Gewerkschaft hat nur Organisatoren nach jenem Gebiet geschickt, um Versammlungen abzuhalten, Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation zu erklären und Mitglieder aufzunehmen, um auf diese Weise den Wirkungsbereich der Gewerkschaft der Vereinigten Bergleute auszudehnen. Die Gewerkschaft hat seitdem einen langwierigen Prozeß gegen den oben genannten Einhaltsbefehl geführt, und die Sache kam schließlich vor das Oberste Bundesgericht, das nun gegen drei Stimmen (die Richter Holmes, Brandeis und Clark bildeten die Minderheit) den Einhaltsbefehl bestätigte. Der Gerichtshof sprach die Ansicht aus, daß die Bemühungen der organisierten Arbeiter, einen Unternehmer zu zwingen, ihre Gewerkschaft anzuerkennen und den Grundlag der kollektiven Unterhandlungen anzunehmen, ungesetzlich sind, da sie eine Verletzung des gemeinen Rechts bedeuten und deshalb durch richterlichen Befehl verboten werden können.“

Ein Bundesrichter hat im Jahre 1913 einen Einhaltsbefehl (Injunction) gegen die Beamten der Vereinigten Bergleute erlassen, der ihnen untersagte, die Kohlenhandlungsstellen in West-Virginien zu „unionisieren“, das heißt: die dortigen Arbeiter gewerkschaftlich zu organisieren. Der Richter gab zu, daß die Bergwerksbeamten dort keine gewalttätigen Methoden gebrauchten, daß sie keine „Bidets“ (Kästen zum Uebergeben der Arbeiter) aufstellten, keinen zwangswiseen Doglott erklärten; die Gewerkschaft hat nur Organisatoren nach jenem Gebiet geschickt, um Versammlungen abzuhalten, Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation zu erklären und Mitglieder aufzunehmen, um auf diese Weise den Wirkungsbereich der Gewerkschaft der Vereinigten Bergleute auszudehnen. Die Gewerkschaft hat seitdem einen langwierigen Prozeß gegen den oben genannten Einhaltsbefehl geführt, und die Sache kam schließlich vor das Oberste Bundesgericht, das nun gegen drei Stimmen (die Richter Holmes, Brandeis und Clark bildeten die Minderheit) den Einhaltsbefehl bestätigte. Der Gerichtshof sprach die Ansicht aus, daß die Bemühungen der organisierten Arbeiter, einen Unternehmer zu zwingen, ihre Gewerkschaft anzuerkennen und den Grundlag der kollektiven Unterhandlungen anzunehmen, ungesetzlich sind, da sie eine Verletzung des gemeinen Rechts bedeuten und deshalb durch richterlichen Befehl verboten werden können.“

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung

Gibt es Rente für den Verlust eines schon verletzten Auges?

Ein Arbeiter in einer Braunschweiger Konservenfabrik stieß mit seinem Kopf verheerend auf einen Haken in der Wand. Dabei verletzte er sich sein rechtes Auge derart, daß es entfernt werden mußte. Die Nahrungsmittel-Berufsgenossenschaft Mannheim verweigerte Unfallrente für den Verlust des Auges, weil daselbe schon vor 20 Jahren einmal berastet wurde, daß der Arbeiter nur wenig Sehkraft auf dem Auge hatte. Der Verletzte hätte sich schon seit Jahren an das alleinige Sehen mit dem linken Auge gewöhnt, das auch heute noch vollständig normal sei. Die Berufsgenossenschaft erklärte sich nur bereit, ein künstliches Auge zu liefern. Der Verletzte wandte sich an das Bezirks-Arbeiter-Sekretariat, und Genosse Steinbrecher legte Berufung beim Oberverfürungsamt Braunschweig ein. Das Gericht wies jedoch die Berufung zurück, mit der Begründung, es müsse angenommen werden, daß Kläger, nachdem ihm die Besagte ein künstliches Auge geliefert habe, keine Erwerbsbeeinträchtigung durch den Unfall mehr zu beklagen habe, da er bereits vor dem Unfall nahezu einäugig war und sich inzwischen an die Unfallfolgen gewöhnt habe, die somit auszu- sein. Gegen dieses Urteil des Oberverfürungsamts legte Genoy. Steinbrecher beim Reichs-verfürungsamt in Berlin Rekurs ein. Es wurde nachgewiesen, daß vor dem Unfall der Verletzte immer noch auf die Entfernung von einem Meter Gegenstände und Personen erkennen konnte. Auch sah früher dem Auge niemand an, daß es schlechteres Sehvermögen als das linke Auge. Jetzt dagegen habe er ein künstliches Auge, das etwas kleiner sei als das andre und schlecht sehe. Bei der Suche nach Arbeit sieht der Unternehmer sofort, daß er unfallverletzt ist, was ihm nach dem Kriege, wenn die Arbeitskräfte nicht mehr so knapp sind, hindere, seine Arbeitskraft vorteilhaft zu verwerten. Da der Verletzte jetzt als Feiger tätig sei, muß das Auge im Laufe des Tages mehrere Male herausgenommen und vom Kohlenstaub gereinigt werden. Die noch vorhandene Eiterung in der Augenhöhle sei die Folge des schlechten Sehens des Auges. Allein diese Unannehmlichkeiten beweisen schon, daß die Ansicht des Oberverfürungsamts, der Verletzte habe sich an das einäugige Sehen gewöhnt, unzutreffend ist. Das Reichsverfürungsamt in Berlin trat den Ausführungen des Genossen Steinbrecher mit folgender Begründung bei:

„Das rechte Auge war nach dem vorliegenden ärztlichen Gutachten bereits vor dem Unfall in seiner Sehkraft stark herabgesetzt. Aber es ist wertlos war es nicht. Dem Kläger ist geglaubt worden, daß er mit diesem Auge bis zu dem Unfall noch Gegenstände und Personen in einer Entfernung von einem Meter hat erkennen können. Danach war das Auge im Erwerbsleben des Klägers immer noch von wesentlicher Bedeutung. Dies würde besonders in die Erscheinung getreten sein, wenn dem gefunden linken Auge etwas zugestoßen sein würde. Das Reichsverfürungsamt hat deshalb im Gegensatz zu den Vorinstanzen die Ueberzeugung gewonnen, daß die Erwerbslosigkeit des Klägers durch den Verlust des Auges erheblich beeinträchtigt wird.“ (Urteil vom 15. 1. 1918, Ia 2583/17 7B.) Dem Verletzten wurde die Rente vom Januar 1917 an zugesprochen.

Jahresbericht des Gauen II (Stuttgart-Zannstätt).

Wie andern Gauen, so hat auch uns das Jahr 1917 wieder einen Zuwachs an Mitgliedern gebracht; den ersten, den wir während des Krieges zu verzeichnen hatten. Wenn auch der Fortschritt nicht so groß ist als in andern Gauen, so ist er im Vergleich mit 1916 immerhin erfreulich. Während wir 1916 eine Abnahme von 15,2 Prozent zu verzeichnen hatten, die aber reiflos den erfolgten Entberungen zuzuschreiben war, hatten wir für 1917 eine Zunahme von 28,5 Prozent, obwohl die Zahl der zum Geere Eingezogenen auch in diesem Jahre ziemlich groß war. Natürlich befriedigt dieses Resultat in keiner Weise. Wenn in allen Zählstellen, wo irgendwie die Möglichkeit gegeben war, auch die Mitglieder sich etwas tätiger gezeigt hätten, wäre mehr erreicht worden. Unter den 26 Zählstellen des Gauen II, in denen im ganzen Jahre keine einzige Ausnahme gemacht worden ist, 5 Zählstellen hatten 1 bis 10 Aufnahmen und 3 bis 20 Aufnahmen. Allerdings sind die Verhältnisse in einer Reihe von Zählstellen für die Agitation nicht sehr günstig. Dort, wo sie agitatorisch günstig liegen, fehlt es an den nötigen Kräften, wo diese noch vorhanden, sind teilweise die Betriebszustände ungünstig. Es ist anzunehmen, daß wir in unserm Bezirk in dieser Beziehung am schlechtesten stehen. Mit Ausnahme von Heilbronn und in der kurz vor Jahreschluss gegründeten Zählstelle Ebingen hatten wir keinen Kollegen. Den wir zur Abhaltung von Versammlungen heranziehen konnten, so daß in den andern Orten die Agitation fast ausnahmslos durch den Gauleiter betrieben werden mußte.

Gleich zu Beginn des Jahres wurde die Tätigkeit des Gauleiters durch eine zweimonatige Einberufung unterbrochen. Die im Spätherbst einsetzende Verschlechterung der Verkehrsverhältnisse erschweren die Tätigkeit ungemein, und viel Zeit mußte dabei vergeudet werden. An einigen Orten ist rechtzeitiges Eintreffen an einem Tage überhaupt nicht möglich. Der Umstand, daß vielfach nur die Sonntage, eventl. auch noch der Samstag zu Versammlungen gewinnbar sind, und andere Vorschläge von den Kollegen einfach nicht gewürdigt werden, mußte natürlich auch hemmend wirken. Dazu kommt noch in Betracht, daß durch die Einziehung des Geschäftsführers der Stuttgarter Zählstelle, dessen Geschäfte vom Gauleiter mit erledigt werden mußten, die Aufgabtätigkeit weiter beeinträchtigt wurde. Trotz dieser Hemmnisse hätte das Resultat noch ein besseres werden können, wenn sich wenigstens die Mitglieder mehr der so notwendigen Werbearbeit hingeeben hätten, — doch die lange Dauer des Krieges und die sich immer mehr verschlechternden Ernährungs- und Existenzverhältnisse haben nicht bloß die Leibliche, sondern auch die geistige Regsamkeit stark beeinträchtigt, und die Einberufungen ließen die Reihen der Funktionäre immer mehr, so daß es oft schwer war, nur zu den allernotwendigsten Arbeiten eine Hilfe zu bekommen.

Die Zahl der Neuaufnahmen betrug 1446, das sind 1114 mehr als 1916. Die Mitgliederzahl stieg von 2622 Ende 1916 auf 3377 am Schluss des Jahres 1917, also um 755. Von dieser Zunahme entfällt allerdings ein Drittel auf die am 1. Dezember 1917 gegründete Zählstelle Ebingen. Im Geeresdienst befanden sich noch 4010 Kollegen, nachdem sich im Laufe des Jahres 96 an- und 247 abgemeldet hatten. Die größere Zahl der Neuaufnahmen brachte natürlich auch wieder eine größere Fluktuation. Als ausgeschieden mußten 513 Mitglieder, gegen 332 im Vorjahre, verzeichnet werden. Zugereist sind 14, abgereist 79, zu uns Übergetreten 10, zu andern Verbänden von uns Übergetreten 22 Mitglieder.

Die Beitragsleistung dürfte wesentlich besser sein. Es ist in dieser Beziehung nichts veräuert worden, um durch Mahnungen, Anweisung an die Hilfskassen, u. dergl. die notwendige Besserung zu erzielen. Der große Wechsel unter diesen Kollegen, in der Hauptache durch die immerwährenden Einberufungen verursacht, konnte zu einer Besserung nicht beitragen; sojet es das maßhaltig große Maße, wieder entsprechenden Erfolg zu bekommen. An Wochenbeiträgen wurden 119 192 abgeleht, das sind 5362 mehr als 1916. Die Einnahmen aus Beiträgen, Eintrittsgeldern und Sonstigem betragen 46 831,65 Mk., der Zufuß

